

Bilanzpressekonferenz

7. März 2023

Es gilt das gesprochene Wort!

Ausführungen von

Stefan G. Reuß

**Geschäftsführender Präsident des
Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen**

- I. Einführung**
- II. Geschäftsentwicklung der Sparkassen**
- III. Weitere Entwicklung**
- IV. Fazit**

I. Einführung

Auch von mir ein herzliches Willkommen. Ich freue mich, dass wir unsere Bilanzpressekonferenz nach drei Jahren auch in Frankfurt wieder in unseren eigenen Räumlichkeiten abhalten können. Das ist ein gutes Zeichen. Denn es unterstreicht, dass zumindest in Sachen Corona-Pandemie inzwischen wieder weitgehend Normalität eingeleitet ist. Auf anderen Feldern hält der Krisenmodus allerdings unverändert an. Ich werde darauf gleich in meinem Bericht über die Geschäftsentwicklung unserer Sparkassen in Hessen und Thüringen im Jahr 2022 eingehen.

II. Geschäftsentwicklung der Sparkassen

2022 hätte so schön werden können. Die Corona-Pandemie hatte am Jahresanfang ihren Höhepunkt überschritten. Es herrschte wieder Zuversicht. Auf den Konten vieler Menschen lagen nach zwei Jahren des Konsumverzichts beträchtliche Sparguthaben. Geld, das nur darauf wartete, ausgegeben zu werden. Die deutsche Wirtschaft konnte also mit einem beachtlichen Nachfrageschub rechnen. Beste Voraussetzungen für einen ordentlichen und anhaltenden Konjunkturaufschwung und ein kräftiges Wachstum!

Eigentlich. Denn mit dem russischen Überfall auf die Ukraine am 24. Februar kam dann bekanntlich doch alles ganz anders. Natürlich sind es vor allem die Menschen vor Ort, die die volle Last dieses schrecklichen Krieges tragen müssen. Sie leiden unter Tod, Gewalt, Zerstörung und Vertreibung. Viele von ihnen stehen buchstäblich vor dem Nichts. Im Vergleich dazu wirken unsere Sorgen fast schon unbedeutend und klein. Gleichwohl hat sich dieser Krieg auch bei uns, weitab vom unmittelbaren Kampfgeschehen, zumindest wirtschaftlich in Form einer heftigen Energie- und Inflationskrise negativ ausgewirkt.

Den Sparkassen in Hessen und Thüringen ist es dennoch gelungen, diesen schwierigen Rahmenbedingungen zu trotzen. 2022 war für unsere Institute dem Grunde nach – Sie bemerken die Einschränkung – wieder ein ordentliches Jahr. Ich werde nachher noch auf die Einschränkung eingehen. Warum war es jenseits dieser Einschränkung ordentlich?

Das lag an mehreren Faktoren. Erstens haben die Realwirtschaft und der Arbeitsmarkt die exogenen Schocks nicht zuletzt dank beachtlicher staatlicher Entlastungshilfen besser als erwartet weggesteckt. Zweitens ist endlich die Zinswende da, die unseren Instituten im operativen Geschäft Rückenwind verleiht. Und drittens ist es den Sparkassen trotz der hohen Inflationsraten im Großen und Ganzen gelungen, ihre Kosten im Griff zu behalten.

Kundengeschäft bleibt trotz schwieriger Rahmenbedingungen dynamisch

Dank eines auf beiden Seiten der Bilanz dynamischen Kundengeschäfts ist die Bilanzsumme unserer Sparkassen auch 2022 wieder gewachsen, nämlich insgesamt um 2,7 Mrd. Euro bzw. 1,8% auf 156,3 Mrd. Euro.

Die größten Impulse gingen dabei auf der Aktivseite einmal mehr vom Kundenkreditgeschäft aus. Der Kreditbestand unserer Sparkassen hat sich über alle Kundensegmente hinweg um 4,6 Mrd. Euro bzw. 5,2% erhöht. Das Plus lag damit auf Augenhöhe mit dem starken Vorjahreswachstum von 5,3%.

Ein solch starker Zuwachs bei den Kreditbeständen mag vordergründig nicht ins Bild einer von geopolitischen Konflikten, Liefer- und Energieengpässen sowie Inflation geplagten Wirtschaft und Gesellschaft passen. Aber: Bei allen Problemen und Engpässen hat sich die Lage am Ende zwar als anspruchsvoll und schwierig, aber eben doch nicht als hoffnungslos erwiesen.

Die deutsche Wirtschaft hat diese Vielfachkrise bislang recht gut bewältigt. Sie ist 2022 nicht wie befürchtet in die Rezession gerutscht, sondern trotz einer leichten Delle im letzten Quartal sogar um 1,8% gewachsen. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) hat zum ersten Mal wieder das Niveau vor der Corona-Krise überstiegen.

Auch der Arbeitsmarkt hat sich als erstaunlich robust erwiesen. Trotz der unterschiedlichen Krisenfaktoren lag die Zahl der Erwerbstätigen mit 45,6 Mio. Menschen so hoch wie noch nie seit der Wiedervereinigung. Die hohe Beschäftigungsrate hat im Zusammenspiel mit den staatlichen Inflationshilfen und den Nachholeffekten aus der Corona-Zeit dafür gesorgt, dass der Konsum deutlich um 4,6% zugelegt hat.

Unterstützung kam auch von den Exporten, die im Vergleich zum Vorjahr um 14,3% zulegten. Gleichzeitig stiegen allerdings auch die Importe um 24,3%. Allerdings dürfen diese Steigerungen auch nicht überbewertet werden. Die Zahlen sind nicht preisbereinigt. Ein großer Teil der Zuwächse ist sicherlich auch den hohen Preissteigerungen geschuldet. Das gilt vor allem für die Energieimporte.

Sparkassen bauen Kreditgeschäft weiter aus

All das hat die Kreditnachfrage 2022 auf einem hohen Niveau gehalten, die von der deutschen Kreditwirtschaft wieder gewohnt zuverlässig bedient wurde. Auch in der aktuellen Energie- und Inflationskrise hat es – wie zuvor schon während der Weltfinanzkrise und der Corona-Pandemie – auch nicht im Ansatz eine Kreditklemme gegeben. Das ist nicht

zuletzt auch das Verdienst unserer Sparkassen, die ihr Kreditgeschäft im Berichtsjahr wieder spürbar ausgebaut haben.

Besonders deutlich wird das bei den Ausleihungen an Unternehmen und Selbständige. In diesem Segment haben die Kreditbestände in unserem Verbandsgebiet 2022 um 2,7 Mrd. Euro bzw. 6,1% und damit fast so kräftig wie im Vorjahr (+7,4%) zugelegt. Für dieses unverändert starke Wachstum gibt es mehrere Gründe.

Zum einen hatten viele Firmen wegen der immer noch gestörten Lieferketten und der deutlich gestiegenen Preise für Energie und Vorprodukte weiterhin einen hohen Liquiditätsbedarf. Das hat sich bei den kurzfristigen Ausleihungen unserer Sparkassen mit einem leichten Plus von 0,4% niedergeschlagen. Zum anderen haben viele Unternehmen aber offensichtlich auch ihre Zuversicht in die Zukunft und die Rentabilität von Investitionen nicht verloren. Denn bei den Sparkassen in unserem Verbandsgebiet sind vor allem die mittel- und langfristigen Kreditbestände um 12,1% bzw. 5,8% nach oben gegangen.

Spürbar zulegen konnten die Sparkassen auch im Kreditgeschäft mit Privatpersonen. Dort sind die Bestände 2022 um 1,8 Mrd. Euro bzw. 4,8% angestiegen. Wie in den Vorjahren ging dieser Zuwachs wieder komplett auf das Konto der Wohnungsbaukredite, die ein Plus von 1,8 Mrd. Euro bzw. 5,4% verbuchen konnten. Auch wenn der Schwerpunkt dieses Wachstums mit 3,0% vor allem auf das starke 1. Halbjahr 2022 entfallen ist, hat doch auch das 2. Halbjahr trotz der bekannt schwierigen Rahmenbedingungen im Wohnungsbausektor erheblich in das Gesamtjahres-Plus von deutlich über 5% eingezahlt.

Rückläufig war dagegen im vergangenen Jahr das Kreditgeschäft mit den öffentlichen Haushalten. Die Kreditbestände sanken dort um 164 Mio. Euro bzw. 4,2%.

Vorsichtssparen sorgt für Einlagenzuflüsse

Auf der Passivseite sind die Kundenverbindlichkeiten unserer Sparkassen im vergangenen Jahr um 3,7 Mrd. Euro bzw. 3,2% gestiegen. Die Zuwachsrate fiel also etwas niedriger aus als im Vorjahr mit 4,0%. Sie liegt aber auf Gesamtjahressicht deutlich höher als noch im 1. Halbjahr 2022, als das Wachstum die Null-Prozent-Hürde nicht überschritten hatte.

Diese Einlagenzuwächse zeigen, dass trotz oder gerade wegen der noch immer hohen Inflationsrate weiter gespart wird, wenn auch nicht mehr so stark wie in der Corona-Zeit. Mit rund 11% hat die Sparquote inzwischen wieder das Vor-Pandemie-Niveau erreicht.

In meinen Augen ist das aktuelle Einlagenplus bei unseren Sparkassen in erster Linie als eine Form des Vorsichtssparens zu werten. In den kommenden Wochen sind erhebliche

Nachzahlungen für den Energieverbrauch sowie deutlich gestiegene Betriebskostenabrechnungen für das vergangene Jahr zu erwarten. Viele Menschen haben deshalb Reserven auf ihren Konten gebildet.

Die Zuwächse im Einlagenbereich sind aber auch im Kontext zum Wertpapiersparen zu sehen. Dort sind die Wertpapierkäufe 2022 spürbar zurückgegangen. Ich werde gleich noch näher darauf eingehen. In bewegten Zeiten und Märkten gehen viele Kunden auf Nummer sicher. Sie halten ihr Pulver trocken und investieren erst mal nicht in längerfristige Anlagen, sondern lassen ihr Geld vorläufig auf dem Konto ruhen.

Verhaltenes Kundenwertpapiergeschäft

Wie gerade erwähnt, ist das Kundenwertpapiergeschäft bei unseren Sparkassen angesichts der allgemein unruhigen Zeiten 2022 verhalten verlaufen. Die Käufe von Sparkassenkunden sind um 17,9% auf 8,5 Mrd. Euro gesunken. Dabei fand eine Umschichtung von riskanteren zu sichereren Anlageformen statt. Während die Käufe von Aktien und Investmentfonds um rund 37% bzw. knapp 28% zurückgingen, erhöhten sie sich bei den festverzinslichen Wertpapieren um fast 50%. Dieser Switch wurde durch die Zinswende sicherlich noch unterstützt.

Noch stärker als die Käufe sind im Kundenwertpapiergeschäft die Verkäufe zurückgegangen, nämlich insgesamt um 24,9% auf 5,4 Mrd. Euro. Der Nettoabsatz als Saldo von Käufen und Verkäufen hat sich in der Summe zwar leicht um 1,6% reduziert. Mit 3,1 Mrd. Euro liegt er aber immer noch doppelt so hoch wie im Zehnjahresdurchschnitt. Wegen der Zurückhaltung der Kunden sind die Wertpapierumsätze der Sparkassen insgesamt um 20,8% auf 14 Mrd. Euro gesunken.

Die Entwicklung des vergangenen Jahres hat einmal mehr unterstrichen, dass die zunehmenden geopolitischen und wirtschaftlichen Herausforderungen und Turbulenzen nicht spurlos an den Börsen vorbeigehen. Anlegerfreundliche Zeiten wie in der Periode von 2011 bis 2017, als der Dax-Kurs fast schon mit der Präzision eines Uhrwerkes Jahr um Jahr zulegen konnte, scheinen zumindest auf absehbare Zeit vorbei zu sein.

Auch an den Börsen geht es jetzt zunehmend volatil zu: Einem Auf folgt schnell ein Ab und dann geht es wieder in die andere Richtung. In einem solchen Umfeld ist es umso wichtiger, dass gerade auch kleinere Anleger im Bedarfsfall eine professionelle Unterstützung und Beratung in Anspruch nehmen können, die flächendeckend verfügbar und vor allem auch bezahlbar ist.

Provisionsbasierte Beratung hat sich im Retail-Geschäft bewährt

Wir sehen es deshalb mit Sorge, dass sich die EU-Kommission offensichtlich wieder mit einem Verbot der provisionsbasierten Beratung beschäftigt. Zurzeit gibt es im Wesentlichen zwei konkurrierende Beratungsangebote: zum einen den Ansatz auf Honorarbasis, der vor allem von vermögenden Kunden genutzt wird. Und zum anderen das provisionsbasierte Modell, das im normalen Retail-Geschäft die Regel bildet.

Die EU-Kommission beklagt nun wohl unter anderem, dass die Finanzmarktrichtlinie MiFID II nicht zu einer spürbaren Verlagerung zur unabhängigen und provisionsfreien Beratung geführt habe. Weil sich das Honorarmodell am Markt nicht durchsetzen kann, soll ihm jetzt offensichtlich Raum verschafft werden, indem das erfolgreiche Provisionsmodell einfach per Dekret abgeschafft wird.

Honorarberatung ist nicht massentauglich

Im Übrigen würde selbst ein Provisionsverbot die Honorarberatung für die Masse der Anleger nicht attraktiver und damit durchsetzungsfähig machen. Laut der seit 2022 gültigen Gebührenübersicht des Bundesverbandes unabhängiger Honorarberater ist für die einmalige Beratung bei einer Geldanlage ein Honorar von 1.187 Euro zu zahlen.

Es ist offensichtlich, dass eine solche Kostennote für den normalen Retail-Kunden mit Anlagebeträgen von 5.000 oder 10.000 Euro völlig außerhalb des Denkbaren liegt. Das gilt im Übrigen auch für Sparpläne über 50 Euro oder die vermögenswirksamen Leistungen. Wer soll die Kunden hier künftig noch beraten? Bei diesen kleinformatischen Sparplänen geht es doch vor allem darum, dass junge Menschen oder Personen mit geringem Einkommen einen gewissen Vermögensstamm aufbauen können bzw. an das Wertpapiergeschäft herangeführt werden sollen. Wie soll das aber auf Honorarbasis funktionieren?

Dass nun die EU-Kommission ausgerechnet das Vereinigte Königreich und die Niederlande mit ihren Zuwendungsverböten als Kronzeugen für ein besseres Preis-Leistungs-Verhältnis für Anleger heranzieht, macht die Sache nicht besser. Denn was nützt das einem Anleger, wenn er gar nicht als beratungswert eingeschätzt wird? Im Vereinigten Königreich hat sich laut einer KPMG-Studie der überwiegende Teil der Banken nach dem Zuwendungsverbot von 2013 aus der Anlageberatung zurückgezogen.

Die verbliebenen Institute setzen nun oft ein Mindestvermögen voraus, das häufig bei 50.000 Pfund liegt. Kunden, die das nicht haben, werden häufig mit Verweis auf die fehlende Wirtschaftlichkeit nach Hause geschickt. Ein Provisionsverbot würde deshalb die breite Mehrheit der Bevölkerung von der Anlageberatung ausschließen. Es ist doch ein Trugschluss zu glauben, dass sich Menschen, die sich mit dem Thema Anlagen nicht so gut

auskennen, künftig aus eigenem Antrieb damit befassen würden. Beratung ist auch eine Form der finanziellen Bildung. Sie gibt zumindest dem ein oder anderen einen Anstoß und eine Hilfestellung, um sich intensiver mit diesem Thema zu beschäftigen.

Deshalb ist auch die von der EU-Kommission gern ins Feld geführte automatisierte oder Robo-Beratung für die meisten Menschen keine Alternative. Sie fristet in der Praxis nur ein Nischendasein. Denn am Ende bleibt der Kunde sich hier doch weitgehend selbst überlassen. Viele Kunden bevorzugen nun einmal eine persönliche Beratung, bei der sie Fragen stellen können und bei der Ihnen auch später ein Ansprechpartner zur Verfügung steht.

Die Kritik an der Provisionsberatung offenbart zugleich ein wenig schmeichelhaftes Bild von den Kunden, die sich demnach bei der Anlageberatung reihenweise von Banken und Sparkassen über den Tisch ziehen lassen. Ein solches Bild deckt sich aber überhaupt nicht mit unseren Erfahrungen. In der Praxis verschaffen sich nämlich inzwischen viele Anlageinteressierte schon vor der Beratung im Internet ein Bild von der Lage und kommen entsprechend informiert in die Sparkasse. Zudem haben auch die Sparkassen kein Interesse daran, ihre Kunden in der Anlageberatung zu übervorteilen. Die Institute sind schließlich an einer langfristigen Geschäftsbeziehung interessiert.

Im Übrigen sollte doch gerade die EU-Kommission MiFID II mit seinen Transparenzvorschriften nicht künstlich schlecht reden. Unsere Sparkassen halten sich penibel an diese Vorgaben und legen ihren Kunden die Provisionen und damit die Kosten der Anlageberatung offen. Die Beratung auf Provisionsbasis ist ein transparenter Vorgang, der sich in der Praxis bewährt. Wir begrüßen es deshalb sehr, dass sich die Vertreter der deutschen Politik wie zuletzt der Bundesfinanzminister für diesen Ansatz stark machen.

Eigenkapital- und...

Damit komme ich zum Eigenkapital. Auch im vergangenen Jahr haben die Sparkassen in unserem Verbandsgebiet ihre Eigenmittel wieder aufgestockt. Sie stiegen von 14,1 Mrd. Euro auf 14,4 Mrd. Euro. Zum 31. Dezember 2022 lag die Gesamtkapitalquote unverändert bei 18,5 %. Die Kernkapitalquote erhöhte sich von 17,2 % auf 17,4%.

...Ertragsentwicklung

Was die Ertragsentwicklung anbelangt, können unsere Sparkassen damit angesichts der insgesamt schwierigen Rahmenbedingungen durchaus zufrieden sein. Das lag vor allem an der Zinswende, die die EZB im Juli 2022 endlich eingeleitet und mit weiteren Erhöhungsschritten inzwischen auch fortgesetzt und vertieft hat.

Unser Verband hat die lange Phase der Niedrig- und Negativzinsen früh und intensiv kritisiert. Ich möchte das an dieser Stelle nicht im Detail wiederholen. Natürlich hätten wir uns einen früheren Beginn der restriktiven Geldpolitik und auch einen sanfteren Zinserhöhungszyklus gewünscht. Am Ende gilt dann aber auch für die EZB das Zitat von Friedrich Schiller aus dem Wallenstein: „Spät kommt Ihr – doch Ihr kommt!“ Es ist jedenfalls gut, dass die verquere Zeit der Negativzinsen endlich vorbei ist, die die Finanzwelt buchstäblich auf den Kopf gestellt hat.

Die Zinswende ist jetzt da und sie wird die Ertragskraft von Banken und Sparkassen mittelfristig deutlich stärken. Die ersten Vorboten dieser Entwicklung sind bereits zu spüren. So ist der Zinsüberschuss der Sparkassen in Hessen und Thüringen 2022 im Vergleich zum Vorjahr deutlich um 143 Mio. Euro bzw. 7,1% auf knapp 2,2 Mrd. Euro gestiegen.

Ungeachtet des verhaltenen Kundenwertpapiergeschäfts hat sich auch der Provisionsüberschuss unserer Sparkassen verbessert, nämlich um 21 Mio. Euro bzw. 2,3% auf 929 Mio. Euro. Überraschend gut haben die Institute auch dem alles beherrschenden Thema Inflation getrotzt. Zwar ist der Verwaltungsaufwand im Berichtsjahr leicht um 16 Mio. Euro bzw. 0,8% auf 2,0 Mrd. Euro gewachsen. Angesichts einer durchschnittlichen Inflationsrate von 8% ist das aber ein beachtlicher Erfolg. Er zeigt, dass die Sparkassen ihre Kosten auch in diesen Zeiten des heftigen Preisauftriebs im Griff haben.

Betriebsergebnis vor Bewertung steigt um 15,3%

Das Betriebsergebnis vor Bewertung hat sich 2022 um 151 Mio. Euro bzw. 15,3% auf gut 1,1 Mrd. Euro verbessert. Das ist ein beachtliches Plus, das die Sparkassen vor allem dem starken Anstieg des Zinsüberschusses als ihrer wichtigsten Ertragssäule verdanken.

Die Zinswende hat allerdings für die Kreditwirtschaft ein Doppelgesicht. Damit bin ich bei der am Anfang meiner Rede erwähnten Einschränkung des im Grunde nach ordentlichen Jahres. Auf der einen Seite wird die Zinswende den Instituten mittelfristig ertragsseitig beim Zinsüberschuss spürbar helfen, was sich ja bereits abzeichnet. Auf der anderen Seite führt sie kurzfristig aber vor allem wegen ihres schnellen und abrupten Verlaufs an den Anleihemärkten zeitweise zu erheblichen Belastungen beim Bewertungsergebnis im Wertpapiergeschäft. Ich hatte das ja schon im September bei der Vorstellung unserer Halbjahreszahlen angesprochen und angekündigt.

Die Entwicklung an den Anleihemärkten zeigt sich exemplarisch bei den Bundesanleihen, die 2022 zum Beispiel bei einer zehnjährigen Laufzeit im Schnitt 17% ihres Kurses eingebüßt haben. Das hört sich dramatisch an. Es ist allerdings nur eine Momentaufnahme.

Denn diese Kursverluste wurzeln in erster Linie in der Zinswende und der hohen Inflation, nicht aber in grundsätzlichen Zweifeln an der Bonität des Bundes als Schuldner. Das ist ganz entscheidend. Denn es bedeutet, dass bei den Bundesanleihen, die als die sichersten Papiere im Euro-Raum gelten, am Ende der Laufzeit von der Rückzahlung zum Nennwert auszugehen ist.

Temporäre Buchwertkorrekturen bei Wertpapieren im Depot A

Die Eigenanlagen unserer Sparkassen im Depot A zeichnen sich traditionell durch ein konservativ zusammengestelltes Portfolio mit hoher Bonität der Schuldner aus, bei dem die Papiere in der Regel bis zur Endfälligkeit gehalten werden. Im Zuge der geltenden Rechnungslegungsvorschriften haben die Sparkassen in Hessen und Thüringen gleichwohl die temporären Kursverluste bei ihren Eigenanlagen ganz überwiegend als Buchwertkorrekturen abgebildet. Das hat dazu geführt, dass sich die Abschreibungen im Wertpapierbereich im vergangenen Jahr auf knapp 1,3 Mrd. Euro erhöht haben.

Das ist eine beträchtliche Summe, die wir aber weitgehend durch unser starkes Betriebsergebnis vor Bewertung auffangen konnten. Darüber hinaus haben die Sparkassen Vorsorgereserven in Höhe von über 400 Mio. Euro aufgelöst. Für so eine Ausnahmesituation wie im vergangenen Jahr wurden diese Reserven schließlich aufgebaut. Spätestens jetzt zeigt sich, wie wichtig die Thesaurierung der Überschüsse in all den Jahren gewesen ist. Denn durch den stetigen Thesaurierungsprozess sind die Sparkassen in Hessen und Thüringen solide kapitalisiert und belastbar aufgestellt.

Für das laufende Jahr ist davon auszugehen, dass die Kursentwicklung bei den Anleihen ruhiger ablaufen wird als 2022. Die EZB hat zwar Anfang Februar die Zinsen noch einmal erhöht und weitere Zinsschritte nach oben angekündigt. Die Research-Experten der Landesbank Hessen-Thüringen erwarten jedoch, dass der Sturm an den Anleihemärkten in diesem Jahr abflauen und die Rendite der zehnjährigen Bundesanleihe zum Jahresende mit 2,3% etwa auf dem jetzigen Stand liegen wird.

Wenn das so kommt, wird das bei den Wertpapieren zur einer Normalisierung des Wertberichtigungsbedarfs führen. Auf mittlere Sicht sind dann mit dem Laufzeitende der Papiere sogar wieder positive Korrekturen verbunden. Unser Prognosesystem geht für das Jahr 2023 in diesem Bereich derzeit schon wieder von Zuschreibungen von gut 120 Mio. Euro aus.

Unauffällig war im vergangenen Jahr der Risikovorsorgebedarf im Kreditgeschäft. Unsere Sparkassen haben hier Abschreibungen von 5 Mio. Euro vorgenommen. Im Vorjahr war eine leichte Zuschreibung von 34 Mio. Euro zu Buche geschlagen. Die befürchteten hohen

Ausfallwahrscheinlichkeiten im Zuge der Energie- und Inflationskrise sind bislang zum Glück ausgeblieben.

Es gibt derzeit auch keine Anzeichen dafür, dass es zu einer Ausfallwelle kommen wird. Generell verharren die Insolvenzzahlen immer noch auf einem sehr niedrigen Niveau. Bei den Sparkassen kommt noch hinzu, dass ihre Firmenkunden in der Regel eine gute Eigenmittelausstattung aufweisen, was in deren Krisenresistenz einzieht. Wir werden das Thema Kreditausfälle aber natürlich weiterhin auf dem Schirm haben.

Insgesamt ist das Betriebsergebnis nach Bewertung und nach der erwähnten Auflösung der Vorsorgereserven 2022 um 320 Mio. Euro bzw. 51,7% auf 299 Mio. Euro zurückgegangen. Das zeigt, dass unsere Sparkassen so aufgestellt sind, dass sie auch exogene Schocks auffangen können, ohne an Stabilität zu verlieren.

III. Weitere Entwicklung

Wie sehen nun die weiteren Aussichten aus? Spätestens seit der Corona-Pandemie wissen wir, wie schwierig der Blick in die Zukunft sein kann. Es gibt weiterhin oft widersprüchliche Signale und Interpretationen. Verfügt China zum Beispiel einen Total-Lockdown, befürchten die einen die schlimmsten Folgen für Lieferketten und Weltwirtschaft. Hebt China dann die Restriktionen wieder auf, warnen andere davor, dass die Werkbank der Welt jetzt wegen explodierender Infektionen endgültig zum Stillstand kommen wird.

Bei allen Unsicherheiten zeichnet sich allerdings eines bereits ab: Die Zukunftsaussichten sind inzwischen längst nicht mehr so düster wie noch im Sommer oder Herbst des letzten Jahres. Der befürchtete Einbruch der Wirtschaft ist hierzulande ausgeblieben. Die meisten Experten haben ihre Prognosen für das laufende Jahr nach oben korrigiert. Die Volkswirte der Sparkassen-Finanzgruppe gehen zwar noch davon aus, dass das deutsche BIP 2023 um 0,8% schrumpfen wird. Andere sind da weniger pessimistisch und rechnen schon nicht mehr mit einer Rezession.

Wir werden sehen, wer hier Recht hat. Es spricht jedenfalls einiges dafür, dass wir in der Energie- und Inflationskrise das Schlimmste hinter uns haben. Die Energiemangellage ist ausgeblieben. Der Preisanstieg bei Gas und Öl hat offensichtlich seinen Höhepunkt überschritten. Natürlich wird die Inflation auch in diesem Jahr noch hoch bleiben. Immerhin gehen aber die Erzeugerpreise allmählich zurück und auch bei den Lieferketten stehen die Zeichen zunehmend auf Entspannung.

De-Globalisierung mit Augenmaß betreiben

Risiken gibt es natürlich weiterhin. Dazu zählen der Fortgang des Kriegs in der Ukraine, aber auch die immer angespannteren amerikanisch-chinesischen Beziehungen. Sorgen bereiten auch einige Ausprägungen des Trends zur De-Globalisierung.

Die Neo-Merkantilisten sind offenkundig auf dem Vormarsch. In den USA hat Präsident Biden den Inflation Reduction Act erlassen, der vordergründig die Inflation bekämpfen und den Klimaschutz vorantreiben will. Zu diesem Zweck stellt die Regierung 369 Mrd. Dollar für entsprechende Investitionen zur Verfügung. In den Genuss dieser öffentlichen Gelder sollen allerdings nur Unternehmen kommen, die in den USA produzieren oder zumindest teilweise dort gefertigte Produkte verwenden. Die EU will diese Local-Content-Anforderungen nun mit einem Buy European Act kontern, um die drohende Abwanderung von Unternehmen zu verhindern.

Nun muss man die Globalisierung nicht verklären. Zuletzt hat die Corona-Pandemie gezeigt, dass es richtig ist, in bestimmten Bereichen die Lieferketten auch wieder nach Hause zu holen. Insgesamt hat die enge Einbindung der Länder in die Weltwirtschaft mit ihrer systematischen Arbeitsteilung, günstigeren Produktion, besseren Versorgung und gerechteren Verteilung von Beschäftigungsmöglichkeiten und Einkommen aber doch auch Vorteile gebracht: den Entwicklungs- und Schwellenländern auf der einen Seite, aber auch auf der anderen Seite den Industriestaaten und hier natürlich in besonderem Maße der deutschen Wirtschaft mit ihrem stark auf den Export ausgerichteten Geschäftsmodell. Davon haben bei uns keineswegs nur die Konzerne profitiert. Vielmehr gibt es hierzulande auch viele Mittelständler, die einen Großteil ihrer Produkte ins Ausland exportieren.

Am Ende wird hoffentlich die Einsicht siegen, dass die Bekämpfung der Inflation nur gemeinsam und nicht in nationalen Alleingängen und Einigelungen funktionieren kann. Das gilt im Übrigen auch für die Energieversorgung und den Kampf gegen den Klimawandel!

Neukreditgeschäft flacht ab

Was die Sparkassen in Hessen und Thüringen anbelangt, wird die Entwicklung im Kundengeschäft in der nächsten Zeit wahrscheinlich verhaltener ablaufen als im letzten Jahr. Bei den Krediten zeichnet sich bereits ein Abflachen des Neugeschäfts ab.

So sind die Darlehenszusagen unserer Institute zum Jahresende 2022 insgesamt um 6,4% auf 16,2 Mrd. Euro zurückgegangen. Bei den Unternehmen und Selbständigen war dabei ein Minus von 4,1% auf 8,7 Mrd. Euro zu verzeichnen. Angesichts der unsicheren Zeiten, in denen wir leben, ist dieser Rückgang aber nicht als Einbruch, sondern als eine Stabilisierung auf einem sehr hohen Niveau zu werten. Das macht ein Vergleich mit 2019 –

dem letzten Jahr vor der Corona-Pandemie – deutlich. Damals lagen die Darlehenszusagen im Firmenkundengeschäft mit 7,6 Mrd. Euro um 14,1% niedriger als heute.

Deutlich geringer wird dagegen künftig die Dynamik im Kreditgeschäft mit Privatpersonen ausfallen. Auch das lässt sich bereits aus dem aktuellen Neugeschäft ablesen. Bei den Baufinanzierungen sind die Zusagen unserer Sparkassen Ende 2022 um 10,7% auf 5,8 Mrd. Euro zurückgegangen. Damit liegen aber auch sie immer noch über dem Wert von 5,7 Mrd. Euro aus dem letzten Vor-Corona-Jahr 2019.

Angesichts der zurzeit sehr schwierigen Bedingungen im Wohnungsbausektor halten sich die Darlehenszusagen immer noch auf einem überraschend hohen Niveau. Schließlich fehlt es an allen Ecken und Enden an Handwerkern und Arbeitern. Die Baupreise sind explodiert, die Zinsen gestiegen. Es gibt gerade im städtischen Umfeld kaum noch bezahlbares Bauland. Und in vielen Fällen wird das verfügbare Eigenkapital schon von den Baunebenkosten aufgezehrt. Selbst Bezieher von höheren Einkommen können sich inzwischen in vielen Regionen den Bau oder Kauf eines Hauses oder einer Wohnung nicht mehr leisten.

Diese Entwicklung schlägt sich im Neugeschäft unserer Sparkassen nicht nur in einem zurückgehenden Volumen bei den Immobilienfinanzierungen nieder. Sie sorgt auch für eine gewisse Verlagerung von größeren zu kleineren Bauprojekten, die finanziert werden. Während die Darlehenszusagen für den Neubau und den Erwerb um 22,6% bzw. 7,3% zurückgegangen sind, gab es bei der Sanierung und Modernisierung ein Plus von 6,5%. In diesen Bereich fließen ja auch schwerpunktmäßig die staatlichen Fördergelder.

Dennoch rechne ich nicht damit, dass der Wohnungsneubau perspektivisch am Ende ist. Denn wenn das Wohnen einigermaßen bezahlbar bleiben soll, dann wird sich der Bedarf nicht nur über den Bestand abdecken lassen. Die Bevölkerung wächst rasant. Die Nachfrage nach Wohnraum ist in vielen Gegenden entsprechend hoch. Nach neuesten Schätzungen fehlen in Deutschland 700.000 Wohneinheiten. Und das ist sicherlich noch nicht die Endversion der Lücke. Denn zuletzt ist die Zahl der Baugenehmigungen eingebrochen. In diesem schwierigen bauwirtschaftlichen Umfeld bedarf es zweifellos gewaltiger Anstrengungen, um den Wohnungsneubau voranzubringen.

Wohnungsbau nicht auch noch durch Regulatorik verteuern

Umso unverständlicher ist es, dass das Bauen jetzt durch regulatorische Maßnahmen noch weiter verteuert wird. Vor gut einem Jahr, am 1. Februar 2022, hat die BaFin den antizyklischen Kapitalpuffer mit einer Quote von 0,75% der risikogewichteten Aktiva scharf geschaltet. Darüber hinaus hat sie für Wohnungsbaufinanzierungen einen sektoralen

Systemrisikopuffer von 2% beschlossen, den die Banken und Sparkassen bis zum 1. Februar 2023 umsetzen mussten. Dadurch werden Baufinanzierungen teurer.

Mit diesen Zuschlägen wollte die BaFin dem damals aus ihrer Sicht starken Kreditwachstum entgegenwirken. Die Einführung der beiden Puffer teilt aber das Schicksal der Zinswende vom Sommer 2022: Sie kam letztendlich zur Unzeit! Die EZB musste wegen der hohen Inflation geldpolitisch ausgerechnet dann hart auf die Bremse treten, als die Konjunktur im Euroraum durch den Ukraine-Krieg ohnehin schon geschwächt war.

Ähnlich ist das auch bei den beiden Puffern. Bereits im November 2022 hat die Bundesbank in ihrem Finanzstabilitätsbericht festgestellt, dass sich die Lage inzwischen deutlich verändert habe. Durch die stark gestiegenen Kreditzinsen und die höheren Lebenshaltungskosten deuteten sich bei der Nachfrage nach Wohnimmobilienfinanzierungen und damit bei der Kreditdynamik eine Abschwächung an.

Zusätzliche Kapitalpuffer passen nicht mehr in die Zeit

Diese rückläufige Tendenz hat sich in den letzten Monaten noch drastisch verstärkt. Die beiden Aufschläge aufs Eigenkapital sind deshalb anachronistisch. Sie passen nicht mehr in eine Zeit, in der die Neubautätigkeit eingebrochen ist. Sie passen nicht mehr in eine Zeit, in der das Bauen deutlich billiger werden muss, wenn noch bezahlbarer Wohnraum entstehen soll. Die Puffer gehen deshalb in die falsche Richtung. Denn sie machen das Bauen noch kostspieliger als es ohnehin schon ist. Sie wirken damit – anders als intendiert – de facto prozyklisch.

Aber auch im Kampf gegen den Klimawandel sind diese Zuschläge auf das Eigenkapital kontraproduktiv. Von Banken und Sparkassen wird zurecht erwartet, dass sie die Großtransformation in Richtung einer nachhaltigen Wirtschaft und Gesellschaft wesentlich mitfinanzieren. Das wird allerdings nicht funktionieren, wenn man die Eigenkapitalausstattung der Kreditinstitute regulatorisch künstlich schrumpft. Denn das schränkt die Kreditvergabefähigkeit von Banken und Sparkassen grundsätzlich ein und konterkariert so am Ende eben auch den avisierten Umbau in Richtung Nachhaltigkeit.

Damit will ich es mit der Aktivseite der Bilanz bewenden lassen. Auf der Passivseite erwarten wir bei den Einlagen ein moderates Bestandswachstum und im Kundenwertpapiergeschäft unverändert vorsichtige Anleger. Auf der Ertragsseite gehen wir davon aus, dass sich die Zinswende weiter positiv in der Gewinn- und Verlustrechnung der Sparkassen auswirken wird. Beim Betriebsergebnis arbeiten wir nicht nur wieder auf ein ordentliches Resultat hin. Wir hoffen, dass wir es dann dank einer Normalisierung an den Anleihemärkten auch nach Bewertung wieder sauber über die Linie bringen werden.

Strukturwandel zulasten kleiner Unternehmen gewinnt Besorgnis erregend an Fahrt

Vor etwa sechs Monaten, bei der Vorstellung der Halbjahreszahlen unserer Sparkassen, bin ich näher auf ein Diskussionspapier des Hessischen Finanzministeriums eingegangen. Darin wird der entscheidende Zusammenhang zwischen der mittelständisch strukturierten deutschen Realwirtschaft und der stark dezentral geprägten Kreditwirtschaft hervorgehoben.

Das Finanzministerium weist in dem Papier darauf hin, dass diese Artverwandtschaft zwischen Real- und Kreditwirtschaft, die seit vielen Jahren die Grundlage für den Erfolg und Wohlstand in unserem Land bildet, wegen der immer komplexeren regulatorischen Vorschriften zunehmend in Gefahr gerät. Inzwischen mehren sich leider die Anzeichen, dass diese Befürchtungen nicht übertrieben sind. Denn der Strukturwandel zulasten gerade der kleinen Unternehmen in der Real- und der Kreditwirtschaft gewinnt zurzeit Besorgnis erregend an Fahrt.

So war vor kurzem in der Zeitung zu lesen, dass in Frankfurt eine Traditionsmetzgerei mit eigener Schlachtung nach über 90 Jahren den Betrieb einstellen wird. Bei der Entscheidung – die im Übrigen kein Einzelfall ist – haben laut Bericht auch die aktuelle Energiekrise und die steigenden Rohstoffpreise eine Rolle gespielt. Ausschlaggebend sei aber eine Mischung aus Überregulierung und Fachkräftemangel gewesen.

Der Metzgermeister wird zitiert: „Bislang waren die Vorschriften nicht so streng. Jetzt sind das dieselben wie für eine Großschlachtereie. (...) Um noch selber produzieren zu dürfen, müssten wir nach EU-Richtlinien den Laden umbauen. Das würde mich Tausende kosten. Das könnte ich vielleicht noch stemmen, aber uns fehlt es auch an Personal.“

Überregulierung und Personalmangel als Engpassfaktoren

Überregulierung und Personalmangel machen zunehmend auch den kleinen Banken und Sparkassen das Leben schwer, die inzwischen bis zu 40% der Mitarbeiterkapazitäten für regulatorische Aufgaben benötigen. Das ist auf Dauer nur schwer zu stemmen. Es verwundert deshalb nicht, dass gerade kleine Institute ihr Heil immer öfter in Fusionen suchen, weil sie die Flut an regulatorischen Vorschriften mit ihren personellen Kapazitäten alleine nicht mehr bewältigen können.

In unserem Verbandsgebiet haben gerade die Sparkassen in Borken und Schwalmstadt ihre Fusion zum 1. Juli 2023 angekündigt. Als Grund für das Zusammengehen wird dabei explizit der „große Druck der Regulatorik“ genannt.

Im Finanzsektor gilt im übertragenen Sinne das, was der vorhin zitierte Frankfurter Fleischer so schön auf den Punkt gebracht hat: Kleine Metzgereien werden zunehmend so reguliert wie eine Großschlachtere! Was die Kreditwirtschaft anbelangt, liegt die Krux an der Sache weniger in einem Erkenntnis- als in einem Umsetzungsproblem. So geht das Europäische Bankenpaket mit seinen administrativen Erleichterungen für kleine und nicht komplexe Institute ohne Zweifel in die richtige Richtung. In der Praxis kommt davon allerdings noch immer viel zu wenig an. Hier brauchen wir endlich einen Durchbruch. Denn ansonsten wird sich der Wandel weg von den kleinen mittelständischen Strukturen hin zu immer größeren Einheiten in der nahen Zukunft deutlich beschleunigen. Und dieser Wandel wird irreversibel sein – in der Kreditwirtschaft, aber auch in der Realwirtschaft.

Während wir bei der Überregulierung auf die Unterstützung von Politik und Aufsicht angewiesen sind, können wir bei den Themen Fachkräftemangel und Arbeitgeberattraktivität vor allem selbst etwas tun. Generell haben sich am Arbeitsmarkt die Verhältnisse innerhalb kürzester Zeit komplett umgedreht. Das bleibt auch im Finanzsektor nicht folgenlos. Noch vor ein paar Jahren konnten sich die Institute aus einem großen Bewerberfeld geeignete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Auszubildende aussuchen. Heute wird die Personalgewinnung zunehmend zum Engpassfaktor und die Institute müssen sich de facto selbst bewerben.

Berufseinsteiger und Young Professionals haben heute eine klare Erwartungshaltung. Sie fordern eine gute Balance zwischen der Arbeit und dem Privatleben inklusive Freizeit. Viele jungen Leute wollen nicht mehr so viel arbeiten – zumindest nicht mehr so viel wie ihre Eltern! Oder wie es der Jugendforscher Klaus Hurrelmann formuliert: Sie haben eine eingebaute Burn-out-Sperre!

Gleichzeitig sind sie aber durchaus leistungsbereit, wenn die Rahmenbedingungen stimmen: Wenn sie also Spaß bei der Arbeit haben und die Work-Life-Balance stimmt, wenn sie gut ins Team integriert sind und viel Feedback bekommen, und wenn sie sich weiterbilden können. Mit dieser Erwartungshaltung müssen sich die Sparkassen auseinandersetzen und ihr Arbeitsumfeld noch stärker darauf ausrichten.

Sparkassen müssen positives Markenimage stärker auf Arbeitgeberimage übertragen

Darüber hinaus muss es uns vor allem auch gelingen, unser positives Markenimage noch besser auf unser Image als Arbeitgeber zu übertragen. Aus Kundensicht werden die Sparkassen meist als menschlich, nah und persönlich wahrgenommen. Als Arbeitgeber gelten die Institute dagegen oft noch als konservativ, altmodisch und langweilig. Hier gibt es Handlungsbedarf. Denn die Sparkassen bieten nicht nur einen sicheren Arbeitsplatz,

sondern durchaus auch ein zeitgemäßes und modernes Arbeitsumfeld und Arbeitsklima. Diese Botschaft müssen wir stärker in die Öffentlichkeit transportieren.

Deshalb haben wir in Hessen-Thüringen eine digitale Imagekampagne zur Personalgewinnung gestartet, die das ganze Jahr über laufen wird. Beim Thema Personal geht es aber nicht nur um die Gewinnung neuer Kolleginnen und Kollegen, sondern auch um eine bessere Einbindung und Weiterbildung des vorhandenen Personals. Hier setzen wir weiter auf unsere Sparkassenakademie Hessen-Thüringen, die einen breiten Baukasten an sparkassenindividuellen Maßnahmen anbietet, die von der Aufstiegsfortbildung über gezielte Förderprogramme für junge Talente bis hin zu Entwicklungsmodulen für Seiteneinsteiger reichen.

IV. Fazit

Damit komme ich zum Schluss. Die Sparkassen in Hessen und Thüringen haben im wahrlich nicht einfachen Geschäftsjahr 2022 sowohl bei der Bestands- als auch bei der Ertragsentwicklung insgesamt wieder ein ordentliches Ergebnis erzielt.

Auch wenn wir in einer buchstäblich verrückten Welt leben mit Krieg, Energiekrise und Inflation stellt das Jahr 2022 für unsere Sparkassen doch auch einen Schritt in Richtung Normalität dar. Die Zinswende ist endlich da und sie schlägt sich bereits positiv in unseren Erträgen nieder. Das Ende der Dauerniedrigzinsphase macht sich aber gleichzeitig auch dämpfend bei der Nachfrage nach Finanzierungen und bei den Kreditbeständen bemerkbar. Nach jahrelangen Rekordzuwächsen scheint sich die Entwicklung hier allmählich wieder im Normalzustand einzupendeln.

Die Kreditwirtschaft ist also auf dem Weg zurück in eine normale Zinswelt. Zurzeit befinden wir uns allerdings in einer Übergangszeit, in der es an manchen Stellen noch etwas knirscht. Die Bewertungserfordernisse bei den Wertpapieren sind ein Beispiel dafür. Aber auch diese Übergangszeit wird hoffentlich bald überstanden sein. Dann werden die positiven Aspekte der Zinswende eindeutig überwiegen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!